

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
2. Dulten u. Verwaltung: Drag II, Telčanska 15 • Tel. 275. 31402, Kofinredakt. (ab 21 Uhr): 33855 • Dofinredakt.: 37544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 30. Juni 1932

Nr. 154.

Waffenmuggel aus Belgien für die Hitlerarmee.

Amsterdam, 29. Juni. Die holländische Polizei ist einem Waffenmuggel nach Deutschland auf die Spur gekommen, der bereits seit Wochen betrieben wird. Im Zusammenhang damit sind heute sechs holländische Staatsangehörige von der Waalser Polizei verhaftet worden. Nach eingehendem Verhör hat man sie vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. Inzwischen haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die geschmuggelten Waffen nicht aus Holland, sondern

aus Belgien stammen. Sie sollen dort für Rechnung der Hitlerarmee erworben worden sein.

Der Weg über Holland wurde wegen der scharfen Ueberwachung der deutsch-belgischen Grenze gewählt. Die Polizei hält sich vorläufig in Still-schweigen und verweigert über die deutschen Waffenabnehmer jede Auskunft.

Sozialdemokratie und Einheitsfront.

Ein Schreiben des Berliner Parteivorstandes.

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgendes Rundschreiben gerichtet:

Aus dem Bekenntnis des P.D. der A.P.D., der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz unabweislich, daß die sogenannte antifaschistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine anti-sozialdemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, daß es mit der sozialdemokratischen Führern keine Einheitsfront geben könnte. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kraft gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höhnisch zurückgewiesen.

Ausdrücklich bestätigt das Rundschreiben Nr. 11 des P.D. vom 4. Juni, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei. Daraus ergibt sich, daß

die A.P.D. die „proletarische Einheitsfront“, die sie mit Worten predigt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der sozialdemokratischen Partei für die A.P.D. einzulangen.

Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einigkeit ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehrlichen Wandervertrüster abwenden.

Die A.P.D. könnte sich, wenn sie wollte, im gegenwärtigen Wahlkampf zweckmäßig auf den Versuch konzentrieren, die Wählermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten davongelaufen sind.

Durch solche Kampfführung könnte sie die Reichungslücke mit der Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoß gegen uns, so muß auch gegen sie die Eiserne Front als Abwehrfront fest geschlossen bleiben.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Ueberflus auch die neueren parlamentarischen Abstimmungen, namentlich im Preussischen Landtag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokraten zusammenfanden.

Man kann nicht außerhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politisch Geschulte weiß, daß erfolgsprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen halt Eingekreuz und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Ein Tag Rechtsregierung:

Entrechtung der Länder. Aufhebung der Uniform- und Demonstrationsverbote durch Notverordnung verfügt.

Berlin, 29. Juni. Trotz dem ausdrücklichen Einspruch der süddeutschen Länder und trotzdem aus den täglichen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden, die bereits eine ganze Reihe von Todesopfern gefordert haben, klar ersichtlich ist, daß die feinerzeitige Erwartung Hindenburgs bei der Aufhebung des Demonstrations- und Uniformverbotes, daß nunmehr eine politische Beruhigung eintreten werde, sich direkt ins Gegenteil verkehrt hat, hat heute die Reichsregierung dennoch die ange kündigte Notverordnung erlassen, die die allgemeinen Uniform- und Demonstrationsverbote der süddeutschen Länder außer Kraft setzt.

Der § 1 der neuen Notverordnung ermächtigt zwar die Regierungen der Länder, politische Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel zu verbieten, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet ist; das gilt aber nur für besonders begrenzte Ortsteile und in besonderen Einzelfällen.

Auch ein Uniformverbot können die Landespolizeibehörden nur im Einzelfalle und nur bei akuter Gefahr ansprechen. Die allgemeinen Uniformverbote werden außer Kraft gesetzt. Der Reichsinnenminister ist ermächtigt, etwaige neu erlassene Verbote aufzuheben.

§ 2 ermächtigt den Reichsinnenminister, für das ganze Reich und auch für einzelne Teile Versammlungs- und Uniformverbote auszusprechen sowie die erforderlichen Strafen zu verhängen.

§ 3 gestattet die polizeiliche Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugchriften oder Flug-

blätter, in denen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird.

Eine zweite Verordnung, die der Reichsinnenminister zur Regelung des Demonstrationswesens erlassen hat, stützt sich auf die Notverordnung vom 14. Juni, wodurch der Reichsinnenminister befugt worden war, eine Anmeldepflicht für Demonstrationen anzuordnen. Diese Anmeldepflicht wird nunmehr allgemein ausgesprochen, u. zw. für das ganze Reich. Alle öffentlichen politischen Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel müssen zwei Tage vorher angemeldet werden. Diese Demonstrationen können im Einzelfalle verboten werden, wenn Gefahr im Anzuge ist.

„Dem ordinären Gassenbubentum alle Schleißen geöffnet...“

Zustellungen des bayerischen amtlichen Presseorgans.

München, 29. Juni. In Besprechung der heute veröffentlichten neuen Notverordnung schreibt die „Bayerische Staatszeitung“ u. a., daß alles, was bisher von der Arbeit der bayerischen und süddeutschen Bevölkerung für gut und zweckmäßig gehalten wurde, vom Reichsinnenministerium so auffallend desavouiert worden sei, daß der politische Hintergrund klar zutage trete. Die neue Notverordnung sei und bleibe ein schwerer Eingriff in die Polizeihohheit gerade jener Länder, die guten Willens sind. Sie öffnete dem ordinären Gassenbubentum alle Schleißen. Ein schwerer Mangel sei auch die unklare Festlegung des Instanzentoges für die zu erwartenden Rechtsbeschwerden.

Die Presse geknebelt.

Gahl fordert Verbot des „Vorwärts“

Berlin, 29. Juni. Der Reichsminister des Innern hat den preussischen Innenminister schriftlich ersucht, die „Kölnische Volkszeitung“ und den „Vorwärts“ auf je fünf Tage zu verbieten.

In dem Schreiben wird das Ersuchen des Ausführlichen unter Zitat der beanstandeten Artikel begründet, die sich mit den letzten Neuernungen des Reichskanzlers in Lausanne und mit den Folgen der letzten Notverordnung, insbesondere was die Rentenlärzung anlangt, befaßten.

Wie von preussischer Seite hierzu mitgeteilt wird, ist der preussische Innenminister bereits in die Prüfungen dieses Ersuchens eingetreten. Für die Erledigung der Angelegenheit gelten die Bestimmungen der Notverordnung betreffs der politischen Ausschreitungen.

Reichsbudget durch Notverordnung diktiert.

Berlin, 29. Juni. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Reichrat für das laufende Etatsjahr durch Notverordnung zu verabschieden, da angesichts der Lage eine ordnungsmäßige Erledigung des Etats angeblich Monate dauern würde, andererseits aber ein stän-

diges Verlängern des Notetats durchaus unzumutbar erscheine. Die Notverordnung wird wahrscheinlich noch heute im Laufe des Tages, spätestens morgen, vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden.

Die Wiederherstellung der „freien Lohnpolitik“

sei das einzig wirklich durchgreifende Mittel, um die derzeitige Arbeitslosigkeit von ihrem erschreckenden Umfang herunterzubringen. Es gebe nur zwei Wege, erklärte Dr. Schacht, dem Arbeitslosenproblem wirklich beizukommen. Der eine sei, durch

starke „Ausforderung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit“

die private Initiative in Industrie, Handel und Gewerbe wieder anzuknüpfen; der zweite Weg sei die möglichste Dezentralisierung der dafür geeigneten Arbeitslosen durch Unterbringung in den einzelnen Haus- und Landwirtschaften.

§ 144.

Von Abgeordnete Fanni Blainu.

Das Justizministerium hat einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Fruchtabtreibung in bestimmten, genau umschriebenen Fällen und unter sorgfältig eingehaltenen Sicherungen für straffrei erklärt.

Damit soll einer der furchtbarsten, mit Verzweiflung, Not und Schande am meistbeladensten Paragrafen des alten Strafrechtes, der verächtliche § 144, durch zeitgemäße Bestimmungen ersetzt, soll eine Geißel der proletarischen Frau beseitigt werden — Grund genug, daß die glühenden Feinde des Proletariats, die Nationalsozialisten, und daß die glühenden Feinde jedes Menschheitsfortschrittes, die Merkmalen, einen wütenden Widerstand gegen den Gesetzentwurf in Szene setzen.

Was will der Vorschlag tatsächlich? Gibt er etwa, wie man aus dem Marm der Gegner schließen könnte, die Abtreibung kurzerhand frei und überläßt er es dem Leichtsinne, der Unwissenheit und der Verantwortungslosigkeit, nach Belieben ungeprüft Eingriffe gegen das keimende Leben zu unternehmen? Davon ist keine Rede, im Gegenteil: ungenügend motivierte Abtreibungen werden auch weiterhin streng, unter erschwerenden Umständen sogar sehr streng geahndet und die ganze Wucht der Strafe, schweren Kerker von einem bis zu fünf Jahren, droht jenen gewerksmäßigen Abtreibern, die Not und Unwissenheit unglücklicher Schwangeren benutzen, um für sich selbst daraus einen Schandlohn zu erpressen.

Die Freigabe hat vielmehr sehr triftige Gründe zur Voraussetzung und ist unter sehr strenge Kautelen gestellt. Damit die Frucht einer Schwangeren abgenommen werden darf, muß diese entweder vom Tod oder von dauernden schweren Gesundheitsschädigungen bedroht sein; oder sie muß in einem Notzustand geschwängert worden sein; oder es muß vorauszuheben sein, daß das Neugeborene körperlich oder geistig schwer belastet wäre; oder es muß schließlich die wirtschaftliche Lage der Kindesmutter und ihrer Familie durch eine weitere Geburt so schwer geschädigt erscheinen, daß die sogenannte „soziale Indikation“ sich als dringend geboten erweist. Trifft einer dieser vier Gründe zu, dann, aber auch nur dann darf ein Sachkundiger Arzt in einer öffentlichen Heilanstalt oder unter Zustimmung eines zweiten Arztes zur Fortnahme der Leibesfrucht schreiten.

Man darf nach Kenntnisnahme dieser Bestimmungen von vornherein ruhig behaupten, daß nicht eine einzige Fruchtabtreibung mehr vorgenommen werden wird, sondern, daß lediglich die bedauernswerten Schwangeren statt unter Furcht und dem Druck der Erpressung unter ärztlicher Aufsicht von dem sie bedrohenden Unheil werden befreit werden. Unheil, jammoh!, allem heuchlerischen Augenverdrehen und allen Phrasen von Heiligkeit des Muttertums zum Trotz! Wer wagt es, von „heiligem Muttertum“, von „Pflicht der Frau“, von „Verbrechen an der Menschheit“ und dergleichen schönen Dingen zu sprechen, wenn eine Frau ein in der Trunkenheit gezeugtes Kind, das Kind eines halb- oder ganz Irren, eines schwer Tuberkulösen, eines Sphärräters oder Tripperkranken, eines Epileptikers oder sonst eines Degenerierten nicht zu Ende austragen will? Ist es „Dienst an der Menschheit“, sie unter solchen Umständen zur Geburt eines Kindes zu zwingen, eines Kindes, das vom ersten Lebensstag an das Kainszeichen der Minderwertigkeit auf der Stirn tragen würde, das ein Arctin oder Schwächling, ein Bewohner des Irren-, Sitten- oder Zuchthauses zu werden droht. Nichts anderes als das will die an dritte Stelle genannte „eugenischen Indikationen“ verhüten, sie will jene selbstverständliche „Nationalisierung“, die wie bei der Aufzucht von

Tagesneuigkeiten

Aus der Internationale der Freidenker.

Vom 24. bis zum 26. Juni fand in Leipzig die Tagung des Bundes sozialistischer Freidenker statt, an welcher für den Bund proletarischer Freidenker Genosse Ledebauer teilnahm.

Wie die tschechische Nation gerettet wird.

Wir lesen, so schreibt das „Právo Lidu“ in einigen tschechischen und deutschen Blättern, daß der Nationalismus auf dem Vormarsch sich befindet.

Zur Angelegenheit der Gesellschaften wurden bei der Firma Königschöfer Zementfabrik Aktienbesitzer mit dem Stimmrecht in Prag II, Jedno 30, viele Veränderungen eingeschrieben.

Die tschechische Nation hat um eine Position mehr. Sie hat in der Königschöfer Zementfabrik nicht mehr einen Heinrich Belohradský, sondern einen Jindřich Belohradský.

Aus einem judetendeutschen Glendtsgebiet.

Arise und Arbeitslosigkeit im Bezirk Judmantel (Schlesien).

Die gewerkschaftlichen Ortsgruppen in der kleinen schlesischen Stadt Judmantel haben an das Ministerium für soziale Fürsorge einen Bericht eingeschickt, der im wahrsten Sinne des Wortes einen Knirsch gequalter Menschen darstellt, die im Ministerium für soziale Fürsorge ihre letzte Zuflucht suchen.

In der Seidenfabrik Adensamer & Co. in Judmantel arbeiten derzeit nur noch 80 Arbeiter 48 Stunden in drei Wochen. Es sind daher 220 Arbeiter aus diesem Betriebe gänzlich arbeitslos.

Die Firma Reegenhardt & Reymann hat ihren Betrieb in Judmantel eingestellt; durch diese Einstellung sind 80 Handwerker arbeitslos geworden.

In der Holzindustrie wird nur noch in ganz geringem Umfange gearbeitet, 50 Holzarbeiter sind gänzlich ohne Beschäftigung.

Die Steinindustrie arbeitet derzeit nur nach Bestellung, die Arbeiter in dieser Industrie müssen sehr oft ausweichen; ungefähr 100 Arbeiter arbeiten stark verkürzt und ein beträchtlicher Teil ist gänzlich arbeitslos.

Durch die fabrikmäßige Herstellung von Schuhen und Schuhwerk ist es ebenfalls dahin gekommen, daß die Schuhmacherstellen in dieser Stadt ohne Erwerb sind und die kleine Schuhfabrik Spilger, die sich in Judmantel befindet, arbeitet derzeit mit 12 Arbeitern zwei Wochen im Monat.

Nach den amtlichen Aufzeichnungen beträgt die Gesamtzahl der vollständig arbeitslosen Judenmantel 465 und die der Kurzarbeiter 230.

Die gewerkschaftlichen Ortsgruppen verlangen mit Rücksicht auf diese trostlose wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft, daß unversichtlich Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden sollen.

Dieser kurze Bericht, zu welchem noch hinzuzufügen wäre, daß in dem Judmanteler Gebiete infolge seiner Abgeschlossenheit von den industriellen Hauptplätzen unseres Landes die Lohnverhältnisse und die Arbeitsbedingungen schon jetzt sehr schlecht sind, zeigt bei weitem noch nicht in seiner Gänze auf, unter welchen qualvollen Umständen die Arbeiterschaft dieses Ortes und dieses Gebietes zum Leben gezwungen ist.

Die Ehescheidungen in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1930 sind im Statistischen Staatsamte nach allen Richtungen hin einer Prüfung unterzogen worden und das Resultat derselben liegt nun in den letzten Mitteilungen dieses Amtes vor.

Nur im Jahre 1922 betrug die Zahl der Ehescheidungen 6187. Die höchste Ziffer der Ehescheidungen als auch der Trennungen hat logischerweise das Land Böhmen und zwar 3981 Ehescheidungen und 3638 Trennungen.

In der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1930 sind im Statistischen Staatsamte nach allen Richtungen hin einer Prüfung unterzogen worden und das Resultat derselben liegt nun in den letzten Mitteilungen dieses Amtes vor.

Furchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordbege. Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstagmorgen das Urteil gegen den 17-jährigen Jepernik und den 17-jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Hauptbahnhof Meierhard einen Raubmord begangen zu haben.

Arise und Arbeitslosigkeit im Bezirk Judmantel (Schlesien).

Die gewerkschaftlichen Ortsgruppen in der kleinen schlesischen Stadt Judmantel haben an das Ministerium für soziale Fürsorge einen Bericht eingeschickt, der im wahrsten Sinne des Wortes einen Knirsch gequalter Menschen darstellt, die im Ministerium für soziale Fürsorge ihre letzte Zuflucht suchen.

Nach den amtlichen Aufzeichnungen beträgt die Gesamtzahl der vollständig arbeitslosen Judenmantel 465 und die der Kurzarbeiter 230.

Die gewerkschaftlichen Ortsgruppen verlangen mit Rücksicht auf diese trostlose wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft, daß unversichtlich Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden sollen.

Dieser kurze Bericht, zu welchem noch hinzuzufügen wäre, daß in dem Judmanteler Gebiete infolge seiner Abgeschlossenheit von den industriellen Hauptplätzen unseres Landes die Lohnverhältnisse und die Arbeitsbedingungen schon jetzt sehr schlecht sind, zeigt bei weitem noch nicht in seiner Gänze auf, unter welchen qualvollen Umständen die Arbeiterschaft dieses Ortes und dieses Gebietes zum Leben gezwungen ist.

Die Ehescheidungen in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1930 sind im Statistischen Staatsamte nach allen Richtungen hin einer Prüfung unterzogen worden und das Resultat derselben liegt nun in den letzten Mitteilungen dieses Amtes vor.

Nur im Jahre 1922 betrug die Zahl der Ehescheidungen 6187. Die höchste Ziffer der Ehescheidungen als auch der Trennungen hat logischerweise das Land Böhmen und zwar 3981 Ehescheidungen und 3638 Trennungen.

In der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1930 sind im Statistischen Staatsamte nach allen Richtungen hin einer Prüfung unterzogen worden und das Resultat derselben liegt nun in den letzten Mitteilungen dieses Amtes vor.

Furchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordbege. Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstagmorgen das Urteil gegen den 17-jährigen Jepernik und den 17-jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Hauptbahnhof Meierhard einen Raubmord begangen zu haben.

Furchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordbege. Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstagmorgen das Urteil gegen den 17-jährigen Jepernik und den 17-jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Hauptbahnhof Meierhard einen Raubmord begangen zu haben.

Furchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordbege. Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstagmorgen das Urteil gegen den 17-jährigen Jepernik und den 17-jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Hauptbahnhof Meierhard einen Raubmord begangen zu haben.

Furchtbare Folgen der nationalsozialistischen Mordbege. Das Landgericht Berlin I fällt am Dienstagmorgen das Urteil gegen den 17-jährigen Jepernik und den 17-jährigen Rühlow, die angeklagt waren, am 2. Februar d. J. am Hauptbahnhof Meierhard einen Raubmord begangen zu haben.

Vom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen. Freitag:

Prag: 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 14.30: Orchesterkonzert, 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Neugebauer, 19: Trampentänzer, 21: Konzerte, 22.20: Schallplatten.

Bege. Der betroffene Schuldner hat von dem Verfall, der einen Hausfriedensbruch fast ähnlich liegt, die Anzeige erlassen.

Einladung der Raimor-Universität. Die Stadt Carrara lädt die Bildhauer und Architekten der ganzen Welt ein, an der Raimor-Universität zu arbeiten.

M MacDonald bestellt einen Zeppelin-Flug. Ministerpräsident MacDonald hat für die Englandfahrt des „Graf Zeppelin“ am nächsten Sonntag einen Flug bestellt.

Röntgen.

Das ist nicht Faulstichs Putzerfülle Stufe, wo die Seele hängt verwundert; Ein Röntgenapparat ist's mit Magie vom zwanzigsten Jahrhundert.

„Deine Lunge ist's, Arbeiter, die ich hier sehe, Den Fluß der Fäulnis, den Lauch in der Nähe, Den Lärm der Maschinen, die lauschenden Transmmissionen.“

„Fränkheit und Tod, schwer sind sie zu tragen, Doch mußt ich noch Schmerzeres in mir haben, Mit den Strahlen den Körper tiefer erschlechte, Was drin zu sehen, Daß, Doktor, ich's wisse!“

„Dein Herz ist's, Arbeiter, das ich jetzt sehe, Ein Same, getrieben von schredlichem Weh, Ein Freund für eine Welt voll Wärme und Wohl.“

„Doktor, dies alles ist längst mir bewußt, Doch tiefere durchleuchte, erschlechte meine Brust, Was am tiefsten mir liegt, bedrückend mein Leben!“

„Am tiefsten, Doktor, sprich, liehest du was? Ist's einmal heraus, muß die Erde erbeben!“

„Am tiefsten, Armer, gewahr' ich den Haß!“

Der Vertrauensmann. Tribüne. Monatschrift für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur. Die Tribüne... vertritt die Interessen der sozialistischen Vertrauensmann...

Musikdynamie im Großen.

Vom internationalen Musikfest in Wien.

Musik, die internationale Sprache der Menschheit, ist vokalisiert und verbindend; sie ist an keine Nation, kein Land und keine Klasse gebunden, sie spricht (falls sie Gehört hat) zu jedem...

Orchesterwerte.

An ihrer Spitze stand (vielleicht als Wahrzeichen) eine Oboenlinie: „Innominata“ (Ubenannte) des Schweizer Konzerts Beck; man hörte ein Werk in italienischem Stil voll weicher...

Kammermusik.

Nach hier kam Prag am besten weg: Carl Reiner, der junge Saager, hatte mit seiner klapp gesungen, plastischen und effektivsten Interpretation...

Die übertrainierte Athletin.

Grenzen des Frauensports. — Gesundheitliche Schäden durch Rekordwahn. — Das Gegenteil von Kräftigung wird erreicht.

Es gab eine Zeit, in der die Vorkampftreuen des Frauensports mit Sport, Wettkämpfen und Aufschüssen herumtollten. Im ersten Ueberstrom wurden auch die allzu männlichen Eigenschaften nachgeholt...

gewohnt war. Am übrigen erkläre ich Lateinisch: weder Fidelity finde mit einer Ernate für Idee und Kader, noch Mandel...

Rebendkranhaltungen. Vor allem ist ein Arbeiter-Symphoniekonzert zu erwähnen, das von überfülltem Saal...

PRAGER ZEITUNG.

Vereinsnachrichten

Der Arbeiter-Turnverein in Prag

veranstaltet am 2. Juli um 3 Uhr nachmittags auf seinem Sommerturnplatz (Benátsk)

Leichtathletische Wett-Kämpfe.

Wettkampf-Programm: 60 m-Wettkampf, Kugelschleudern, Weisprung, Diskuswerfen, 400 m-Wettkampf, Hochsprung, Speerwerfen, 1500 m-Laufen, Dreisprung, 4 x 100 m-Staffette.

Anmeldungen an die Turngenossen Weiz und Möbius sen. Jeder Wettkämpfer hat ein Startgeld von Ks 3.— zu entrichten.

Der Verein hat leichtathletische Turngeräte angeschafft, um seinen Mitgliedern zu ermöglichen, Körperkultur im Freiluft zu betreiben.

Genossenschaftler, Achtung! Alle Genossinnen und Genossen, welche beabsichtigen, sich an dem Turn- und Sporttreffen in Benátsk zu beteiligen...

Kunst und Wissen

Heute, Abschied Irene Zoltan: La Traviata. Letzte Vorstellung der Spielzeit Anfang halb Uhr (Abonn. aufgehoben — Gutscheine gültig!)

Heute zweites Schauspiel Joachim Ringelnag und Ensemble „Die Flasche“ in der Kleinen Bühne. Anfang halb Uhr, Gutscheine ungültig! Letzte Vorstellung der Spielzeit.

Mitteilung aus dem Publikum.

Schonen Sie Ihren Körper und sparen Sie Ihr Geld! Trogen Sie Beren-Gummibläse. Die werden sehen, was es heißt, Beren an den Zähnen zu tragen.

Ellenbader geracht, wo Josef Fuchs als Saksi der Oberkassas leben, dienen und nach Kommando schaffen durfte; mit widersprechendem Interesse hörte die anwesende Jugend die klamhafte Festrede...

Die Gemälde des Festes, das eigentlich keines war, waren also recht problematisch; aber doch wird es wichtig sein, den Ueberblick über das Musikschaffen nicht zu verlieren und vor allem eines festzuhalten: es geht nicht mehr um den Stil der Komposition, nicht mehr um die Technik des Schaffens...

GEHÖREN SIE AUCH SCHON

zu den Abonnenten der „Internationales“? Einzelpreise 40 Heller in jeder Trafik. Vierteljahrspreis mit Postzusendung Ks 7,50.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II., Nekazanka 18.

Der Film

Konfession der Jesus. Die Ironie unserer Zeitverhältnisse zu erkennen, ihre Gesetze nachzulesen und vor allem richtige Voraussetzungen zu treffen, wird niemand so leicht gelingen.

Wem die „Internationale Arbeiterhilfe“ wirklich hilft.

Eine Familie bezieht aus den Einkünften der J. A. S. jährlich 285.000 Ks.

Zu dieser unter obigem Titel in unserer Blatte vom 30. April 1932 erschienenen Notiz erhalten wir folgende Berichtigung auf Grund des Paragraph 19 des Preßgesetzes:

Es ist nicht wahr, daß Erich Lange ein Monats-einkommen von 650 Mark, d. s. Ks 5200.— hat, sondern wahr ist, daß er einen Monatsgehalt von monatlich 300 Mark, d. s. Ks 2400.— einschließlich der Spezen bezieht.

Es ist nicht wahr, daß Elisabeth Kriegg Einkünfte aus der „Internationalen Arbeiterhilfe“ zieht und als Köchlerin monatlich 450.— Mark, d. s. Ks 3600.— bezieht, sondern wahr ist, daß die genannte Buchhalterin bei der „Solidaritätsverlag“ ist und einen monatlichen Gehalt von 200.—, d. s. Ks 1600.— brutto bezieht.

Es ist nicht wahr, daß Friedel Sauerland als Sekretärin aus der „Internationalen Arbeiterhilfe“ Einkünfte zieht und einen Monatsgehalt von 375.—, d. s. Ks 3000.— hat, sondern wahr ist, daß die Genannte überhaupt nicht mehr im Berufsleben steht und daß sie, solange sie im Berufsleben stand, einen erheblich geringeren Monatsbezug hatte.

Es ist nicht wahr, daß Kurt Sauerland von der „Internationalen Arbeiterhilfe“ einen Monatsgehalt von 900.— Mark, d. s. Ks 7200.— außer Diäten bezieht, sondern wahr ist, daß der Genannte noch nie in einem Angestelltenverhältnis stand, sondern immer als freier Schriftsteller tätig war und in dieser Eigenschaft nur geringes Honorare bezieht und bezog.

Es ist nicht wahr, daß Elisabeth Lange aus der „Internationalen Arbeiterhilfe“ Einkünfte zieht und ein Monats-einkommen von 300 Mark, d. s. Ks 2400.— bezieht, sondern wahr ist, daß die Genannte keine Angestellte der „Internationalen Arbeiterhilfe“ ist, sondern erwerbslos ist und eine wöchentliche Erwerbslosenunterstützung von 8.82, d. s. Ks 70.56 bezieht.

Es ist nicht wahr, daß Walter Friedrich ein Monats-einkommen von 300 Mark, d. s. Kronen 2400.— hat, sondern wahr ist, daß sein Monatsgehalt 180 Mark, ist gleich Ks 1440.— beträgt.

Die „Internationale Arbeiterhilfe“ Berlin irrt sich, wenn sie glaubt, daß sie sich durch die Ausnützung des Paragraph 19 des Preßgesetzes vor unseren Lesern reinwaschen kann.

Die „Internationale Arbeiterhilfe“ Berlin irrt sich, wenn sie glaubt, daß sie sich durch die Ausnützung des Paragraph 19 des Preßgesetzes vor unseren Lesern reinwaschen kann. Denn gerade, daß die Berichtigung diese Fragen offen läßt, regt zum Nachdenken über den unangemessen großen Apparat der „Internationalen Arbeiterhilfe“ an.

Im übrigen sollte die „Internationale Arbeiterhilfe“, wenn sie ihren Aufgaben wirklich nachkommen wollte, andere Sorgen haben als zu berichtigten.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan. Der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei „Sozialdemokrat“